

ZEW NEWS

Forschungsergebnisse · Veranstaltungen · Veröffentlichungen

November 2015



Forschungsergebnisse

Der Austausch von Informationen legt Steueroasen trocken

Wirtschaftspolitische Analyse

Wo wir nach fünf Jahren Euro-Krise stehen

Nachgefragt

Wie verändern flexible Arbeitsformen das Berufsleben?

Für viele Unternehmen in Deutschland ist Industrie 4.0 noch ein Fremdwort

Während Industrie 4.0 in Politik, Medien und Fachkreisen als das Thema der Stunde gilt, ist der Begriff einem großen Teil der deutschen Wirtschaft noch gänzlich unbekannt. In einer aktuellen Erhebung des ZEW gaben insgesamt nur 18 Prozent der befragten Unternehmen an, den Begriff überhaupt zu kennen. Verschläft die deutsche Industrie den nächsten Megatrend und verschlechtert damit ihre Position im weltweiten Wettbewerb?

Unter Industrie 4.0 wird die umfassende digitale Durchdringung sämtlicher Produktionsschritte verstanden, und zwar ausgehend von der Kundenbestellung bis hin zu nachgelagerten Produktdienstleistungen. Damit werden, egal bei welchem Produkt, individuelle Kundenwünsche möglich, die in weitestgehend selbstorganisierten digitalen Prozessen und unternehmensübergreifenden Wertschöpfungsnetzwerken realisiert wer-

den sollen. Allerdings bleibt die Verzahnung der klassischen Produktion mit Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) eine Großbaustelle in der Bundesrepublik Deutschland: In der aktuellen IKT-Umfrage des ZEW gaben nur 18 Prozent der befragten Unternehmen an, den Begriff Industrie 4.0 überhaupt zu kennen.

Im Gegensatz zu der insgesamt geringen Bekanntheit von Industrie 4.0, ist der Begriff in den Branchen mit einem hohen Umsetzungspotenzial durchaus einer Großzahl der Unternehmen geläufig. In den Branchen IT- und Telekommunikation, Elektroindustrie und Maschinenbau kennen zumindest fast die Hälfte der befragten Unternehmen den Begriff Industrie 4.0, im Fahrzeugbau noch immerhin etwas mehr als ein Viertel. Obwohl der starke Vernetzungsgedanke von Industrie 4.0 Vorteile für Betriebe im Transport- und Logistikbereich bringen könnte, steht er

an letzter Stelle der Statistik. Hier kennen nur rund sechs Prozent der Unternehmen die Begrifflichkeit Industrie 4.0.

Um den Vorsprung, den die heimische Industrie auf vielen Gebieten derzeit noch besitzt, im Zuge der Digitalisierung nicht zu gefährden, fordern Politik, Verbände und Wirtschaftsvereinigungen immer wieder Investitionen in Industrie 4.0. Allerdings sind die tatsächlichen Investitionsplanungen überschaubar: Lediglich vier Prozent der Unternehmen haben digitalisierte und vernetzte Produktionsprozesse bereits in die Praxis umgesetzt oder planen, damit in naher Zukunft zu beginnen.

Bei der Implementierung von Industrie 4.0-Projekten nimmt die IT- und Telekommunikationsbranche eine Vorreiterrolle ein. Hier haben 21 Prozent der Unternehmen entsprechende Vorhaben bereits durchgeführt oder planen dies in naher Zukunft. Auf den Plätzen zwei und drei liegen die Elektroindustrie (15 Prozent) und der Maschinenbau (14 Prozent). Laut den Umfrageergebnissen handelt es sich auch hier um die Branchen, in denen sich Anbieter von Industrie 4.0-Lösungen konzentrieren.

Unternehmensgröße spielt eine wichtige Rolle

Zudem zeigt die ZEW-Befragung, dass Industrie 4.0 vor allem in größeren Unternehmen ein wichtiges Thema ist. So kennt rund die Hälfte der Unternehmen ab 500 Mitarbeitern den Begriff Industrie 4.0 und mehr als ein Fünftel der Unternehmen dieser Größenordnung befasst sich bereits mit der Digitalisierung und Vernetzung ihrer Produktionsprozesse. Bei den befragten Unternehmen mit 250 bis 499 Mitarbeitern kennen immerhin noch rund 42 Prozent den Begriff Industrie 4.0. Mit der konkreten Umsetzung oder Planung von Projekten befassen sich aber nur elf Prozent der Unternehmen in dieser Kategorie. Mit abnehmender Unternehmensgröße schwindet die Bekanntheit von Indus-

trie 4.0 und auch die faktische Umsetzung von Digitalisierungs- und Vernetzungsvorhaben weiter. Bei den kleinen und mittleren Unternehmen mit fünf bis 249 Mitarbeitern beschäftigten sich nur drei bis neun Prozent mit der Umsetzung von Industrie 4.0-Projekten.

Internet-Infrastruktur ist noch verbesserungswürdig

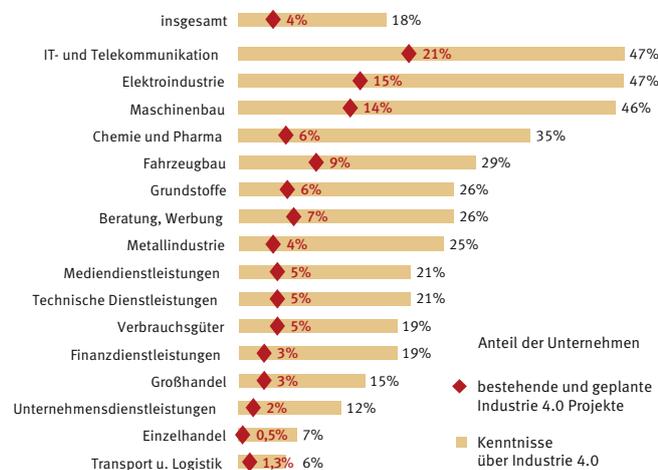
Für die Umsetzung von Digitalisierungs- und Vernetzungsvorhaben ist die Anbindung an eine schnelle Internetanbindung essenziell. Allerdings nutzt bisher erst rund ein Viertel der befragten Unternehmen Internetverbindungen mit 50 Megabit pro Sekunde und mehr. In der IT- und Telekommunikationsbranche (54 Prozent) sowie bei den Mediendienstleistern (38 Prozent) sind Hochleistungsinternetanschlüsse überdurchschnittlich stark verbreitet. Diese Branchen sind unter anderem als Inhaltenanbieter auf leistungsfähige Netze angewiesen. Aber auch im Fahrzeugbau, der Chemie- und Pharmaindustrie, den Finanzdienstleistungen sowie den Unternehmensdienstleistungen nutzen mehr als 30 Prozent der Unternehmen Internetzugänge mit 50 Megabit pro Sekunde oder mehr.

Für die IKT-Umfrage des ZEW wurden deutschlandweit rund 4.500 Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe sowie aus ausgewählten Dienstleistungssektoren befragt. Die Ergebnisse der Erhebung sind geschichtet hochgerechnet auf die Grundgesamtheit aller Unternehmen mit mindestens fünf Beschäftigten der betrachteten Branchen in Deutschland.

Der vollständige IKT-Report 2015 findet sich hier zum Download: http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/div/IKTRep/IKT_Report_2015.pdf

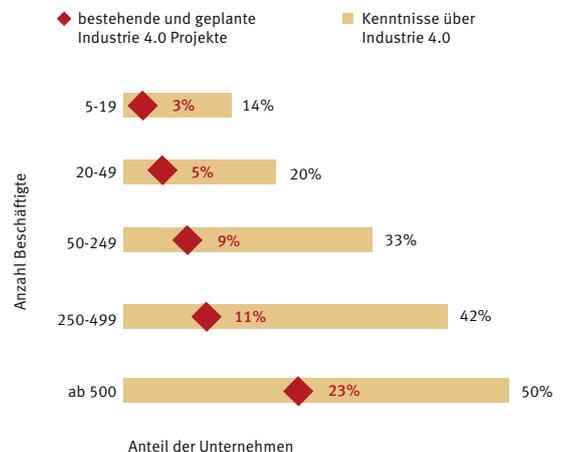
Prof. Dr. Irene Bertschek, bertschek@zew.de
Dr. Jörg Ohnemus, ohnemus@zew.de

INDUSTRIE 4.0 NACH BRANCHEN



Insgesamt ist 18 Prozent der Unternehmen der Begriff Industrie 4.0 bekannt. Vier Prozent der Unternehmen setzen bereits Industrie 4.0-Projekte um oder planen dies in naher Zukunft zu tun. Quelle: ZEW

INDUSTRIE 4.0 NACH UNTERNEHMENSGRÖSSE



Die Hälfte der Unternehmen ab einer Größe von 500 Beschäftigten kennen den Begriff Industrie 4.0 und 23 Prozent der Unternehmen in dieser Größenklasse führen bereits Industrie 4.0-Projekte durch oder plant solche Projekte in der nahen Zukunft. Quelle: ZEW



Der internationale Vergleich der sogenannten Akademikerquote ist kein verlässliches Maß, um bildungspolitische Handlungsempfehlungen abzuleiten.

„Akademikerquote“ wenig aussagekräftig

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlicht regelmäßig Indikatoren, mit denen sie die Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme in den einzelnen Mitgliedsstaaten abzubilden versucht. In Deutschland wird insbesondere die Aussagekraft des Indikators „Akademikerquote“ angezweifelt – zu Recht, wie ein Forschungsbericht des ZEW zeigt.

Immer wieder wird bemängelt, dass in Deutschland die Akademikerquote zu niedrig sei, also der Anteil der Erwachsenen mit einem akademischen Bildungsabschluss. Damit sind Abschlüsse von Universitäten gemeint, von Fachhochschulen, Kunst-, Musik- und Pädagogischen Hochschulen sowie in einigen Bundesländern von Berufs- und Fachakademien. Doch was ist dran an den Klagen? Das ZEW hat diese Frage in dem Forschungsprojekt „Bildungsindikatoren im internationalen Vergleich – Bestandsaufnahme und kritische Würdigung“ untersucht. Dabei wurden insgesamt zwölf OECD-Länder betrachtet.

Laut OECD liegt die Akademikerquote, also der Prozentsatz der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren mit akademischen Abschlüssen, in Deutschland im Jahr 2012 bei 17 Prozent. Unter den betrachteten Ländern der OECD landet Deutschland damit auf dem zehnten Platz. Spitzenreiter sind die Niederlande und die USA (je 32 Prozent), gefolgt von Großbritannien und Australien. Neben Deutschland bilden Italien und Frankreich die Schlusslichter. Die Akademikerquote spiegelt allerdings die Bildungspolitik vergangener Jahrzehnte wider – schließlich sind die betrachteten Personen bis zu 64 Jahre alt. Daher ist der OECD-Indikator für die Analyse der aktuellen Bildungspolitik nur von begrenztem Wert. Um aktuelle Tendenzen der Bildungspolitik wiederzugeben sind die ebenfalls von der OECD bereitgestellten Schätzwerte für den Anteil junger Menschen, die einen akademischen Abschluss anstreben, eher geeignet. Das OECD-Mittel liegt hier bei 58 Prozent und wird unter anderem übertroffen von Australien, Polen und den USA. Deutschland landet mit

53 Prozent auf dem achten Platz. Trotz des Ansturms auf die Universitäten hierzulande scheint die Bundesrepublik somit im internationalen Vergleich weiter hinterherzuhinken.

Das Bestreben, Ranglisten zu konstruieren, um die Leistungsfähigkeit von nationalen Bildungssystemen international zu vergleichen, ist verständlich. Bei der Akademikerquote gibt es bislang jedoch grundlegende Probleme, sodass eine internationale Vergleichbarkeit nicht gegeben ist. Die von der OECD erhobene Akademikerquote krankt vor allem daran, dass es nicht für alle Bildungsabschlüsse international verbindliche Inhaltsnormen gibt und berufliche und akademische Bildungsabschlüsse bisher getrennt werden. Während vor allem in den angelsächsischen Ländern akademische Abschlüsse dominieren, hat Deutschland mit der dualen Berufsausbildung traditionell eine starke berufliche Komponente im Bildungswesen. Vergleichbare Bildungsangebote werden in Ländern ohne duales Ausbildungssystem in der Regel mit einem akademischen Abschluss zertifiziert. Deutschland schneidet daher regelmäßig beim Vergleich der Akademikerquoten schlecht ab. Daraus alleine lassen sich aber aufgrund der genannten Konstruktionsmängel keine Handlungsempfehlungen für die Bildungspolitik ableiten.

Aus wissenschaftlicher Sicht gibt es wichtigere Ziele als die Akademikerquote. Insbesondere gilt es, zeitgemäße, qualitativ hochwertige Ausbildungsangebote zu schaffen, und jedem Individuum die Chance zu bieten, möglichst optimal in seine Bildung zu investieren, unabhängig von den Ressourcen der Herkunftsfamilie. Während die Bildungseinrichtungen in Deutschland das erste Ziel immer wieder erreichen und auch im internationalen Vergleich attraktive Bildungsgänge anbieten, enthält der Forschungsbericht Hinweise darauf, dass das zweite Ziel nicht völlig zufriedenstellend erreicht wird, trotz Fortschritten in der jüngsten Vergangenheit.

Das Gutachten zum Download: www.zew.de/publikation8024

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

INHALT

Für viele Unternehmen in Deutschland ist Industrie 4.0 noch ein Fremdwort	1
„Akademikerquote“ wenig aussagekräftig	3
Informationsaustausch mit Behörden reduziert Aktivitäten in Steueroasen	4
Nachgefragt: Wie verändern flexible Arbeitsformen das Berufsleben?	5
Zwischenbilanz nach fünf Jahren Euro-Krise: Wichtige Reformschritte stehen aus	6

Die Europäische Währungsunion braucht mehr gemeinsame Kontrolle und Haftung	8
Veranstaltungen	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

Informationsaustausch mit Behörden reduziert Aktivitäten in Steueroasen

Aggressive Steuerminimierungsstrategien multinationaler Unternehmen sind seit einigen Jahren in den Fokus politischer und medialer Aufmerksamkeit gerückt. Im Zentrum dieser Entwicklung steht die Initiative der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) gegen Steuervermeidung und Gewinnverschiebung, die sogenannte BEPS-Initiative (Base Erosion and Profit Shifting). In der Bekämpfung meist legaler, aber oft aggressiver Steuervermeidungspraktiken internationaler Unternehmen spielen die Verbesserung von Informationsaustausch und Steuertransparenz eine zentrale Rolle.

In diesem politischen Klima stehen auch Steueroasen aufgrund ihrer meist sehr niedrigen Steuersätze und hoher Intransparenz am Pranger. Sie sehen sich steigendem Druck ausgesetzt, den Steuerbehörden anfragender Staaten umfassende Informationen über die Aktivitäten ihrer Steuerzahler zu liefern. Dieser politische Druck zeigt Wirkung. Viele Steueroasen tauschen inzwischen steuerrelevante Informationen mit anderen Staaten aus. In der Praxis geschieht dies meist durch bilaterale Abkommen über den zwischenstaatlichen Informationsaustausch. Mehr als 800 solcher Abkommen sind inzwischen weltweit unterschrieben worden und ihre Anzahl steigt stetig.

Die Intransparenz in Steueroasen macht es Unternehmen einfach, komplizierte Ketten von Eigentümerstrukturen zu schaffen und tatsächliche Eigentumsverhältnisse zu verschleiern. Einige Firmen könnten diese Möglichkeiten nutzen, beispielsweise um ausgefeilte Steuerplanungsstrategien umzusetzen oder auch um Korruptionszahlungen über diese Staaten abzuwickeln. Für Banken besteht zudem ein Anreiz in Steueroasen tätig zu sein, wenn Kunden Dienstleistungen nachfragen, die nur in Staaten mit einer gewissen Geheimhaltungspolitik angeboten werden können.

Bilateraler Informationsaustausch zeigt Wirkung

Eine aktuelle Studie des ZEW untersucht die Wirkung von Abkommen über den zwischenstaatlichen Informationsaustausch auf die Aktivitäten von Unternehmen in Steueroasen. Um Steueroasen zu identifizieren, wurden verschiedene Steueroasen-Listen ausgewertet, unter anderem der OECD sowie der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Für die Analyse wurden insgesamt 32 kleine Staaten herangezogen wie zum Beispiel die Kaimaninseln, Jersey und Singapur.

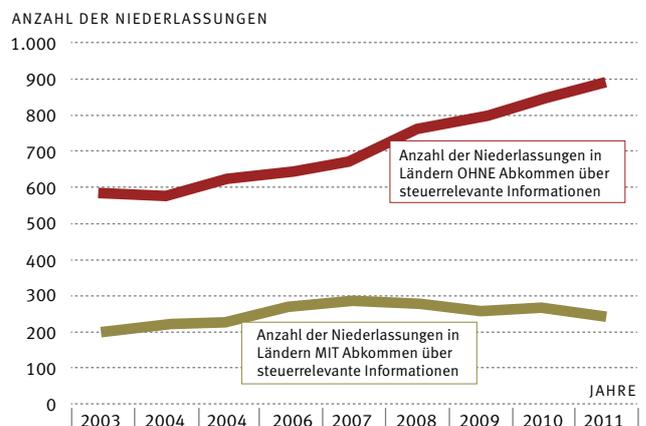
In den Jahren 2003 bis 2011 unterhielten 1.080 deutsche Firmen zumindest eine Niederlassung in einer von 32 Steueroasen. Mit zwölf dieser Staaten unterzeichnete Deutschland seit 2008 ein Abkommen zum Informationsaustausch. Die nebenstehende Abbildung zeigt die Gesamtanzahl deutscher Niederlassungen in Steueroasen zwischen 2003 und 2011, getrennt

nach Niederlassungen in Steueroasen mit Abkommen über den Informationsaustausch in Steuersachen (grün) und Steueroasen ohne ein solches Abkommen (rot). Es ist klar ein gemeinsamer Aufwärtstrend in der Anzahl deutscher Niederlassungen in allen Steueroasen bis 2007 zu erkennen. Ab dem Jahr 2007 steigt der Trend weiter an in den Staaten ohne Abkommen, während in den Staaten mit Abkommen die Anzahl der Investitionen deutscher Unternehmen leicht abnimmt.

Transparenz als probates Mittel gegen Steuervermeidungsstrategien

Die ökonometrische Analyse bestätigt, dass manche deutsche Firmen die Anzahl ihrer Investitionen in Steueroasen reduzierten, die ein Informationsaustauschabkommen mit Deutschland unterzeichnet haben. Im Durchschnitt sank die Anzahl deutscher Niederlassungen in Steueroasen mit Abkommen um

ENTWICKLUNG DEUTSCHER UNTERNEHMENSNIEDERLASSUNGEN IN STEUEROASEN



Quelle: Deutsche Bundesbank, Microdatabase Direct Investments (MiDi), 1999-2011, eigene Berechnungen

etwa 47 Prozent im Vergleich zu den Steueroasen ohne Abkommen. Neben niedrigen Steuersätzen scheint auch die Intransparenz ein Anreiz für manche deutsche Firmen zu sein, in Steueroasen aktiv zu sein. Die Studie zeigt, dass Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden Effekte auf die Nutzung von Steueroasen haben kann. Die Ergebnisse machen deutlich, dass erhöhte Transparenz in Steuerangelegenheiten einen wichtigen Beitrag leisten kann, um gegen aggressive Steuervermeidungsstrategien multinationaler Unternehmen vorzugehen.

Die Studie findet sich zum Download unter:

www.zew.de/publikation7843

Dr. Julia Braun, julia.braun@zew.de

Nachgefragt: Wie verändern flexible Arbeitsformen das Berufsleben?

„Homeoffice erfordert großes Vertrauen gegenüber den Arbeitnehmern“

Die Digitalisierung lässt Grenzen verschwinden: Wer hauptsächlich am Computer arbeitet, ist dank mobiler internetfähiger Endgeräte mittlerweile nicht mehr an seinen Bürostuhl gefesselt. Der Job kann von unterwegs im Zug oder Flugzeug und Zuhause im sogenannten Homeoffice erledigt werden. Nur: Billigen Arbeitgeber derartige, zeitlich und räumlich flexible Arbeitszeitmodelle vorbehaltlos? Wie weit ist es her mit der klassischen Anwesenheitspflicht am Arbeitsplatz? ZEW-Personalökonomin Susanne Steffes bemerkt, dass die Arbeit im Homeoffice für viele Arbeitnehmer motivierend sein kann, viele aber auch eine Trennung von Beruf- und Privatleben bevorzugen.

Es wird viel über zeitlich und räumlich flexibles Arbeiten gesprochen. Worüber reden wir dabei eigentlich?

Bei der zeitlichen Flexibilität reichen die Möglichkeiten von Gleitzeit bis hin zu absoluter Vertrauensarbeitszeit ohne Kernarbeitszeit. Bei der räumlichen Flexibilität geht es um das Arbeiten außerhalb des regulären Arbeitsplatzes. Auch hier kann der Arbeitnehmer selbst über seinen Arbeitsort entscheiden oder der Arbeitgeber kann darauf hinwirken, dass auf Dienstreisen im Zug oder Flugzeug gearbeitet wird. In unserer Forschung unterscheiden wir zwischen Arbeitnehmern, die während der normalen Arbeitszeit im Homeoffice arbeiten, und denjenigen, die außerhalb der normalen Arbeitszeit also eher abends oder am Wochenende zu Hause arbeiten.

Während Arbeitsgeräte mit Internetzugang den festen Rechner zunehmend ablösen, arbeiten bisher nur wenige Beschäftigte tatsächlich regelmäßig im Homeoffice. Woran liegt das?

Eine unserer Betriebsbefragungen hat gezeigt, dass etwa 16 Prozent der Arbeitnehmer ohne Führungsverantwortung von ihrem Arbeitgeber mit tragbaren digitalen Endgeräten ausgestattet sind. Unter den Führungskräften sind es 64 Prozent. Wir wissen außerdem, dass etwa 15 Prozent der Angestellten aus diesen Betrieben im Homeoffice arbeiten und noch einmal 15 Prozent zumindest einen Teil ihrer Arbeit abends oder am Wochenende von zuhause erledigen. Trotzdem gibt es hier noch ungenutztes Potenzial beziehungsweise viele Arbeitnehmer, die diese Möglichkeit gerne in Anspruch nehmen würden. Sie sehen ein starkes Hemmnis darin, dass den direkten Vorgesetzten die Anwesenheit am Arbeitsplatz wichtig ist. Flexibles Arbeiten wie Homeoffice erfordert ein großes Vertrauen gegenüber den Arbeitnehmern und viele Vorgesetzte haben da anscheinend noch Bedenken.

Hängt das mit dem Vorurteil zusammen, flexibles Arbeiten würde zur Bummelei einladen?

Es ist schwierig, das anhand von Umfragen zu testen, denn wer würde schon freiwillig zugeben, wenn er im Homeoffice nicht wirklich arbeitet. Wir verfügen bisher nicht über ausreichend empirische Evidenz zu den tatsächlichen Auswirkungen auf die Produktivität von Arbeitnehmern im Homeoffice. Allerdings weisen die vorhandenen Studien auf das Gegenteil hin – nämlich, dass die Produktivität im Homeoffice eher ansteigt. Wenn sich der Arbeitsalltag im Homeoffice leichter gestalten lässt, kann das durchaus ja auch eine motivierende Wirkung haben. Allerdings sollte flexibles Arbeiten nicht mit „rund um die Uhr arbeiten“ verwechselt werden. Das ist die größte Sorge von Arbeitnehmervertretern.

Inwiefern profitieren Arbeitnehmer und Arbeitgeber von Homeoffice-Regelungen?

Ein starkes Motiv für Homeoffice ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die dadurch erleichtert wird. Das empfindet zumindest die Mehrheit der Arbeitnehmer so, die Homeoffice wahrnehmen, und diejenigen, die es gerne hätten, erwarten sich diese Vereinbarkeit davon. Eine unserer Beschäftigtenbefragungen zeigt aber auch, dass es einen beachtlichen Anteil an Arbeitnehmern gibt, die überhaupt nicht räumlich flexibel arbeiten möchten, da ihnen die Trennung von Beruf und Privatleben wichtig ist. Das muss natürlich auch respektiert werden. Eine solide Work-Life-Balance hängt meist mit höherer Arbeitszufriedenheit zusammen, was sich wiederum positiv auf die Produktivität auswirkt. Zudem geben viele Arbeitnehmer an, dass sie manche Tätigkeiten im Homeoffice besser erledigen können, weil es zuhause ruhiger ist und sie sich Pendelzeit sparen können. Etwa die Hälfte der Arbeitnehmer im Homeoffice meint außerdem, dass sie ihre Wochenarbeitszeit durch Homeoffice erhöhen können und das kommt natürlich wiederum dem Arbeitgeber zugute.

“



Dr. Susanne Steffes

ist stellvertretende Leiterin des Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ am ZEW. Sie studierte an der Universität Mannheim Volkswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten Arbeitsmarktökonomik sowie Human Resource Management und promovierte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Ihr Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich Personalökonomik. Sie beschäftigt sich mit Fragen der Arbeitsqualität, zeitlich und räumlich flexiblem Arbeiten, Mitarbeiterbindung und der Wirkung von Human Resource Management Maßnahmen auf die Beschäftigten.

steffes@zew.de



Mehr als fünf Jahre nach dem Ausbruch der europäischen Staatsschuldenkrise ist ihr Ende noch nicht in Sicht. Doch befindet sich Europa schon auf dem Weg der Besserung?

Zwischenbilanz nach fünf Jahren Euro-Krise: Wichtige Reformschritte stehen aus

Die Flüchtlingskrise hat die Staatsschuldenkrise in Europa medial derzeit in den Hintergrund gedrängt. Das Problem der hohen Staatsverschuldung in der Eurozone ist allerdings mitnichten gelöst und kann in Zukunft zu neuen Krisenschüben führen. Insbesondere fehlt nach wie vor ein System zum Umgang mit insolventen Mitgliedstaaten. Das ist das Ergebnis einer Zwischenbilanz zum Stand der Eurokrise, die Ökonomen des ZEW gemeinsam mit Wissenschaftlern aus fünf weiteren Wirtschaftsforschungsinstituten der Leibniz-Gemeinschaft vorgelegt haben.

Mehr als fünf Jahre nach dem Ausbruch der europäischen Schulden- und Vertrauenskrise ist ihr Ende noch nicht in Sicht. Während die meisten der zunächst am stärksten von der Krise betroffenen Länder wieder Zugang zu den Kapitalmärkten haben, kann von einer umfassenden Lösung der strukturellen Krisenursachen noch keine Rede sein, wie die ZEW-Wissenschaftler und ihre Kollegen in ihrer Zwischenbilanz nach fünf Jahren Euro-Krise feststellen.

Allerdings dürfen die Misserfolge im Fall Griechenlands nicht den Blick dafür verstellen, dass in anderen Krisenstaaten positive Entwicklungen zu beobachten sind. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Irland, Portugal und Spanien beispielsweise ist seit 2013 wieder gestiegen. In Irland hat das BIP bereits wieder Vorkrisenniveau erreicht. Des Weiteren konnten die Haushaltsdefizite in Irland, Portugal und Spanien gesenkt werden. Zudem hat sich die Wettbewerbsfähigkeit vieler Unternehmen im Euroraum wieder verbessert, was sich in der Anpassung der Leistungsbilanzen früherer Krisenstaaten zeigt. Die sehr hohe Arbeitslosigkeit in Folge der Krise ist allerdings vielerorts noch immer ein Problem.

Notfallmaßnahmen zur Rettung des Euro haben erhebliche und schädliche Nebenwirkungen

Mit Blick auf die zur Rettung des Euro ergriffenen Notfallmaßnahmen kommen die Wissenschaftler in ihrer Zwischenbilanz zu dem Schluss, dass diese Schritte zwar vertretbar sind, aller-

dings erhebliche und schädliche Nebenwirkungen haben. Die langfristigen Konsequenzen sind ihrer Meinung nach bisher zu sehr außer Acht gelassen worden. Die Anleihekaufprogramme der Europäischen Zentralbank (EZB) brachten die Währungshüter in eine problematische Rolle, in der die Notenbank zumindest eine indirekte Staatsfinanzierung betreibt. Zwar wurde mit den Programmen Zeit erkaufte und zur Stabilisierung der akuten Krisensituation beigetragen. Allerdings sorgt die EZB mit den Programmen auch dafür, dass die Euroländer sich unabhängig von ihrer Bonität am Kapitalmarkt zu günstigen Konditionen finanzieren können. Die niedrigeren Zinsen setzen somit negative Anreize für die Schuldnerländer, die dringend notwendige Reformen möglicherweise verschleppen könnten.

Diese fatale Wirkung des Programms ist deshalb besonders gravierend, weil noch immer keine Regelung für eine geordnete Staatsinsolvenz für Mitgliedsstaaten der Eurozone besteht. Das Fehlen einer solchen Regelung macht die Drohung unglaubwürdig, hoch verschuldete Staaten im Notfall sich selbst zu überlassen. Welche Probleme hieraus erwachsen, zeigte sich in der Konfrontation zwischen der Eurogruppe und der ersten Tsipras-Regierung in Griechenland mehr als deutlich. Auch ist aktuell noch in keiner Weise absehbar, ob die Reformzusagen der neuen Tsipras-Regierung eingehalten werden. Erst wenn tatsächlich eine Insolvenzordnung für souveräne Staaten in der Eurozone besteht, wird eine Staatspleite eine glaubwürdige Perspektive.

Der Sanktionsmechanismus der Eurozone hat ein grundlegendes Glaubwürdigkeitsproblem

Zudem ist es unbedingt erforderlich, die ebenfalls bestehenden Defizite beim Sanktionsmechanismus des Stabilitätspakts zu beseitigen, da momentan bei der Auslegung der Regeln erhebliche Interpretationsspielräume ausgenutzt werden können. Darüber hinaus haben die beschlossenen Reformen des Sanktionsmechanismus, der im Falle einer Regelverletzung greifen soll, wenig an dessen grundlegendem Glaubwürdigkeitsproblem geändert.

Nach wie vor steht dem Rat die letzte Entscheidung über mögliche Sanktionen zu, sodass verschuldete Regierungen sich letztlich immer noch selbst überwachen und sanktionieren müssen. Insgesamt ist damit ein funktionsfähiger Mechanismus zur Eindämmung der öffentlichen Verschuldung nicht gewährleistet.

Kapitalmärkte müssen zur Haushaltsdisziplin in der Eurozone beitragen

Angesichts der fortbestehenden Schwächen in der regelbasierten fiskalischen Überwachung und bei den Sanktionen ist es umso wichtiger, dass die Kapitalmärkte weiterhin zur Disziplin beitragen, indem fehlende Nachhaltigkeit bei der Haushaltsführung unmittelbar durch steigende Marktzinsen sanktioniert wird. Auch der reformierte fiskalische Ordnungsrahmen ist kein Ersatz für eine solche Marktdisziplin. Umso schwerwiegender wirkt die Verzerrung durch die Markteingriffe der EZB.

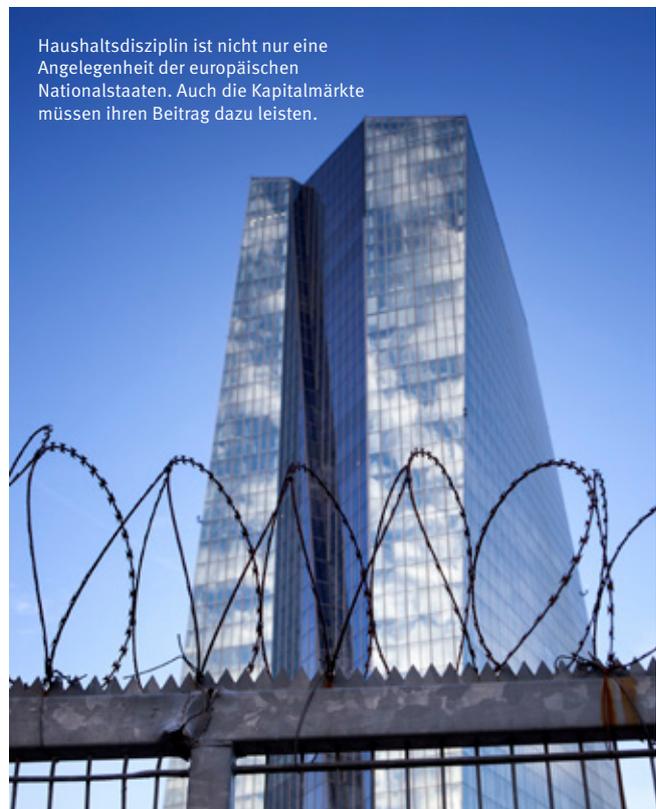
Dennoch sind einige der in der Krise implementierten Mechanismen und angestoßenen Reformen durchaus als Fortschritt zu bezeichnen. Hier sind die Implementierung des dauerhaften Krisenreaktionsmechanismus (ESM) sowie die Errichtung der Europäischen Bankenunion zu nennen. Der ESM ergänzt den fiskalischen Ordnungsrahmen der Eurozone durch Instrumente zur Bekämpfung von Liquiditätskrisen bei gleichzeitiger Erteilung von Auflagen für die Schuldnerstaaten. Auch die mit der Bankenunion geschaffenen Aufsichts- und Abwicklungsmechanismen sind grundsätzlich sinnvoll. Ein Manko bleibt, dass Staatsanleihen weiterhin als risikolos eingestuft werden und somit nicht mit Eigenkapital von den Geschäftsbanken unterlegt werden müssen. Außerdem birgt die Ansiedlung der Bankenaufsicht bei der EZB einen potenziellen Interessenkonflikt mit der Geldpolitik, warnen die Wissenschaftler.

„Macroeconomic Imbalances Procedure“ wirft eine Vielzahl von kritischen Fragen auf

Ein weiterer Pfeiler des reformierten Ordnungsrahmens ist die „Macroeconomic Imbalances Procedure“ (MIP). Hier entstehen gleich mehrere Spannungsfelder. Grundsätzlich begrüßen die Wissenschaftler die Idee, makroökonomische Entwicklungen zu beobachten, um etwaige Fehlentwicklungen frühzeitig erkennen zu können. Kritikpunkte ergeben sich bezüglich der konzeptionellen Unschärfe der MIP. So bleibt der Begriff des „makroökonomischen Ungleichgewichts“ diffus, was darauf schließen lässt, dass es weiterhin keinen Konsens über die wirtschaftspolitische Grundausrichtung des Euroraums gibt.

Darüber hinaus besteht die Gefahr der Instrumentalisierung einzelner Indikatoren als eigenständige Zielgröße. Allerdings würde dieses Vorgehen der eigentlichen Funktion der MIP, nämlich der multidimensionalen makroökonomischen Betrachtung der gesamten Eurozone, widersprechen. Außerdem ist umstritten, ob eine uniforme Steuerung einer Vielzahl makroökonomischer Indikatoren überhaupt den individuellen Gegebenheiten und Präferenzen der einzelnen Eurostaaten und ihrer Bürger entsprechen kann. Mit Blick in die Zukunft warnen die Wissen-

schaftler, dass es falsch wäre, wenn Politik und Medien nun nur deshalb das Interesse am Reformbedarf verlieren würden, weil die akute Krise vorerst eingedämmt erscheint und andere Themen in den Vordergrund rücken. Die zögerliche wirtschaftliche Entwicklung, bereits jetzt absehbare erneute Verstöße gegen die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts und ein ungenügendes Reformtempo in vielen Staaten der Eurozone erhöhen jedoch die Wahrscheinlichkeit, dass sich Vertrauenskrisen um die Staatsschuldenkrise wiederholen und auch große Länder des Euroraums in den Abwärtsstrudel ziehen. Die bisher erfolgten Anpassungen sollten daher erst als Auftakt zu einer umfassenden Reform des Euroraums verstanden werden.



Haushaltsdisziplin ist nicht nur eine Angelegenheit der europäischen Nationalstaaten. Auch die Kapitalmärkte müssen ihren Beitrag dazu leisten.

Wissenschaftler aus sechs Leibniz-Instituten legen Zwischenbilanz gemeinsam vor

Die vorliegende Zwischenbilanz ist eine gemeinsame Arbeit der sechs Leibniz-Wirtschaftsforschungsinstitute im Leibniz-Forschungsverbund „Krisen einer globalisierten Welt“ (in alphabetischer Reihenfolge): Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (ifo München), Institut für Weltwirtschaft (ifw Kiel), Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI Essen) und ZEW Mannheim.

Die Studie findet sich zum Download unter:

<http://www.leibniz-krisen.de/forschung/working-papers>

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

Gibt es eine tragfähige Alternative zur derzeitigen Geldpolitik der EZB? Die Antwort von ZEW-Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest darauf lautet: Accountability Bonds – nachrangige Staatsanleihen, die in der Krise zuerst ausfallen. Das Modell stellte Fuest während eines Vortrags in der Reihe Wirtschaftspolitik aus erster Hand am ZEW vor.

Die Europäische Währungsunion braucht mehr Haftung privater Investoren

Die Eurozone hat mit einem grundsätzlichen Problem zu kämpfen: Der fiskalischen Dominanz einer Geldpolitik, die nicht hinreichend demokratisch legitimiert ist. Gleichzeitig existiert kein praktikabler Mechanismus, um der Staatsschuldenkrise effektiv Herr zu werden. Mit den Worten von ZEW-Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest steht „die Europäische Währungsunion am Scheideweg“ – und braucht ein funktionierendes Zusammenspiel von Kontrolle und Haftung, wie sein Vortrag in der Veranstaltungsreihe Wirtschaftspolitik aus erster Hand am ZEW deutlich machte.

Ausgehend von der Finanz- und der Eurokrise seit 2007 und 2010, müssen sich die derzeit 19 Staaten der Eurozone fragen, wie ihre institutionelle Architektur künftig aussehen soll, wenn sie wettbewerbsfähig bleiben wollen. „Eine gemeinsame Koordination der Fiskalpolitik ist wichtig“, stellte Clemens Fuest in seinem Vortrag fest, den er am 29. Oktober 2015 am ZEW in Mannheim hielt, denn: „Eine effektive Kontrolle der nationalen Haushaltsdisziplin gibt es bisher nicht, das hat das Beispiel Griechenland deutlich gemacht.“ Freilich sei der hellenische Fall ein Extrem. Allerdings habe die Europäische Zentralbank (EZB) mit ihrem „Outright Monetary Transactions“ (OMT)-Programm eine Solidarhaftung ausgerufen, die hoch verschuldeten Staaten suggeriert: „Es lohnt sich nicht, vernünftig zu wirtschaften.“ Daher könne die Effektivität der Kontrolle unter den gegebenen institutionellen Bedingungen in der EU nie so weit gehen, dass totale fiskalische Kontrolle auf allen Ebenen kurzfristig realisierbar wäre, führte Fuest aus. Was also kann getan werden?

„Wir brauchen ein solideres Bankensystem, das eine staatliche Finanzkrise aushalten kann“, betonte der ZEW-Präsident. Konkret hieße das: Mehr Eigenkapital der Geldhäuser im Krisenfall. Für eine bessere Kapitalisierung der Banken wiederum „brauchen wir einen Schritt in Richtung Investorenhaftung“. Da-

für empfahl Fuest einen „minimalinvasiven Vorschlag“, den er zusammen mit Kollegen am ZEW entwickelt hat: die Umsetzung eines Schuldentilgungspakts in Form von sogenannten „Accountability Bonds“. Dabei handelt es sich um nachrangige Staatsanleihen, die zuerst ausfallen, wenn es zu einer Krise kommt. „Gemeint ist damit, dass die Euro-Länder die Verantwortung für ihre Anleihen selbst tragen“, erklärte Fuest.

Accountability Bonds nehmen Staaten in die Pflicht

Die Idee hinter den Accountability Bonds sei, die Differenzierung der Anleihen nach Risiken aufrechtzuerhalten. Verschulde sich ein Staat also stärker als erlaubt – wenn das Staatsdefizit 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) übersteigt –, bliebe er selbst auf den dann höheren Zinsen und somit auf den Kosten sitzen. „Diese Anleihen zu emittieren, ist unangenehm“, folgerte Fuest. Zumal die EZB gänzlich vom Kauf der Accountability Bonds ausgeschlossen werden müsste. Warum aber sollten sich Staaten angesichts der derzeitigen „Blankoscheck“-Politik der EZB darauf einlassen?

Klar sei, dass ein Anreiz geschaffen werden müsse, um derartige Staatsanleihen attraktiv zu machen. „Länder, die heute hoch verschuldet sind, muss man in das Modell hineinkaufen“, so Fuest. Spanien etwa, mit einer Netto-Auslandsverschuldung von derzeit 100 Prozent des BIP, wäre ein Kandidat. Als weitere Emittenten von Accountability Bonds kämen aber auch fiskalisch solide aufgestellte Länder wie Luxemburg in Frage oder Grenzfälle wie Frankreich, die zwar als sichere Häfen gelten würden, bei denen jedoch Bedenken mit Blick auf die Stabilität bestünden. In jedem Fall zeigte sich Fuest optimistisch: „Ich bin überzeugt, dass ein Markt für Accountability Bonds da wäre.“

Felix Kretz, kretz@zew.de

Siebte ReCapNet-Konferenz widmet sich Immobilienmärkten und Finanzstabilität

Was waren die genauen Ursachen der US-Hypotheken- und Immobilienkrise? War die unkonventionelle Geldpolitik der Federal Reserve Bank (FED) mit ihrer Zielsetzung erfolgreich, das Vertrauen privater Anleger in den US-amerikanischen Immobilienmarkt wieder herzustellen? Diese und weitere Themen diskutierten rund 30 internationale Gäste während der siebten Jahreskonferenz des Leibniz-Netzwerks „Immobilienmärkte und Kapitalmärkte“ (Real Estate Markets and Capital Markets, kurz ReCapNet), die Anfang November 2015 am ZEW stattfand.

Der Themenschwerpunkt der Konferenz lag in diesem Jahr auf der Verbindung zwischen Immobilien, Finanzstabilität und Makroökonomie. In insgesamt 14 Vorträgen präsentierten internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Thesen und Forschungsergebnisse zu den Verbindungen zwischen Immobilienmärkten, Kreditvergabe und gesamtwirtschaftlicher Stabilität. Zudem wurden ökonomische Konsequenzen sogenannter makroprudenzieller Maßnahmen, also der übergreifenden Ermittlung, Bewertung und Eindämmung von Risiken für das Finanzsystem in seiner Gesamtheit, diskutiert. Unter anderem betrachtete Kevin Lansing, Makroökonom bei der FED in San Francisco, den mit einer Spekulationsblase vergleichbaren Boom-Bust-Zyklus am Häusermarkt in den USA und dessen Wirkungsmechanismen mithilfe eines theoretischen Asset-Pricing-Modells. Dabei hob er die besondere Bedeutung der Erwartungsbildung privater Hauskäufer hervor: Gerade als die Hauspreise auf historische Höchststände kletterten, hatten die Käufer unrealistisch hohe Renditeerwartungen, da sie sich an den Preiszuwächsen der vergangenen Jahre orientierten. Dagegen erwies sich das dauerhaft niedrige Niveau der Hypothekenzinsen – wie derzeit auch in Deutschland zu beobachten – isoliert betrachtet als ungeeignet, den in der Realität aufgetretenen Boom-Bust-Zyklus zu erklären. Die achte ReCapNet-Konferenz ist im Herbst 2016 am ZEW geplant. Weitere Informationen zu ReCapNet und den bisherigen Konferenzen unter <http://www.recapnet.org/de>.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der siebten ReCapNet-Jahrestagung, die Anfang November 2015 am ZEW in Mannheim stattfand.

Internationale MaTax-Jahreskonferenz tagt zum zweiten Mal am ZEW

Wie ein zukunftsfähiges Steuersystem gestaltet werden muss, um neue wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Herausforderungen national, auf europäischer Ebene und global meistern zu können, ist die zentrale Fragestellung des Leibniz-WissenschaftsCampus „Mannheim Taxation“ (MaTax). Gemeinsam mit dem ZEW und der Universität Mannheim veranstaltete MaTax am 1. und 2. Oktober 2015 die zweite internationale Jahrestagung zur Steuerforschung.

Als Festredner sprach Professor Mihir Desai von der Harvard Business School zum Thema „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Internationalen Besteuerung. Wer steht im Wettbewerb und um was?“ Desai erläuterte, anhand von Beispielen, warum das öffentliche Interesse am Thema Wettbewerbsfähigkeit gestiegen sei und wie ausländische Direktinvestitionen sowie aktuelle steuerpolitische Entwicklungen in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Anschließend führte er aus, wie die Interaktion zwischen Firmen und Staaten funktioniert und welche Rolle dabei Anteilseignerstruktur, Arbeitsmarkt, Wissenstransfer, Management-Kultur, Produktivität und Politik spielen. Er folgerte, dass nationale Interessen und weltweite Leistungsfähigkeit der Firmen häufig deckungsgleich seien.

Einige der von Desai behandelten Punkte fanden sich auch im wissenschaftlichen Programm der Konferenz wieder. In zehn pa-

rallelen Sessions diskutierten die rund 70 teilnehmenden Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aktuelle Ergebnisse empirischer und theoretischer Arbeiten der Steuerforschung. Die Forschungsarbeiten deckten sowohl Themengebiete der Unternehmensbesteuerung als auch der Individualbesteuerung und des Steuerrechts ab. Die Vortragenden untersuchten unter anderem mögliche Einflussfaktoren von Steuerplanung und Steuerermeidung, die Steuersensitivität von Investitionsentscheidungen, Steuerhinterziehungsaktivitäten, Steuerwirkungen auf lokaler Ebene, Verteilungsfragen, den Zusammenhang zwischen Rechtsprechung und Steuerwirkungen sowie Inzidenz- und Entscheidungswirkungen der Individualbesteuerung.

Insgesamt bot die zweite MaTax-Jahrestagung 32 Vorträge von Forschenden, die das Organisationskomitee im Vorfeld der Konferenz aus zahlreichen Bewerbungen aus dem In- und Ausland zusammenstellte. Die Programmvierfalt mit namenhaften Referentinnen und Referenten zeigt ebenfalls, dass MaTax im zweiten Jahr nach seiner Initiierung im wissenschaftlichen Umfeld einen guten Ruf genießt.

Zum Abschluss der Jahrestagung verabschiedete ZEW Research Associate Prof. Dr. Christoph Spengel die Gäste und dankte der Fritz Thyssen Stiftung für die finanzielle Unterstützung der Konferenz.

Integration von Asylsuchenden – Land fördert Projekt von ZEW und PH Heidelberg

Das Kooperationsprojekt der Pädagogischen Hochschule Heidelberg und des ZEW „Reallabor Asyl in der Rhein-Neckar-Region“ wird im Zuge der Ausschreibung „Reallabor Stadt“ vom baden-württembergischen Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst gefördert. In der zweiten, kommunenspezifischen Ausschreibungsrunde wurde das Projekt, an dem auch Wissenschaftler der Universität Heidelberg beteiligt sind, mit einer Gesamtfördersumme von 1,1 Millionen Euro bewilligt. In den kommenden drei Jahren wollen die Forscherinnen und For-

scher in Kooperation mit den Städten Heidelberg, Wiesloch und Sinsheim sowie mit weiteren Partnern in der Metropolregion Rhein-Neckar herausfinden, welche Faktoren auf der kommunalen und regionalen Ebene die wirtschaftliche und soziale Integration von Flüchtlingen beeinflussen. Im Ergebnis soll das Reallabor Kommunen bei der Integration von Asylsuchenden unterstützen, um den Erfolg der Integration sicherzustellen. Der Projektstart ist zum Jahresende 2015 vorgesehen. Weitere Informationen finden sich online unter www.reallabor-asyl.de

ZEW erhält Auszeichnung für berufliche Chancengleichheit



ZEW-Personalreferentin Katrin Schindler mit der Urkunde zum TOTAL E-QUALITY-Prädikat

Das ZEW ist am 23. Oktober erstmals offiziell mit dem Prädikat TOTAL E-QUALITY ausgezeichnet worden und gilt somit als Arbeitgeber, der sich besonders um die berufliche Chancengleichheit von Frauen und Männern verdient macht. Das Prädikat würdigt das ZEW zudem als Institut, an dem die Vereinbarkeit von Beruf und Familie beispielhaft funktioniert. Vergeben wurde die Auszeichnung in Hamburg durch den Verein TOTAL E-QUA-

LITY Deutschland, der jährlich Organisationen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung sowie Verbände ehrt, die sich nachhaltig für Chancengleichheit einsetzen. Das Prädikat ist für drei Jahre bis 2017 gültig.

Am ZEW haben neben der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine chancengerechte Personalbeschaffung und -entwicklung, die Förderung partnerschaftlichen Verhaltens am Arbeitsplatz sowie die Berücksichtigung von Chancengleichheit in den Unternehmensgrundsätzen oberste Priorität. Insbesondere zeichnet sich das ZEW durch eine größtmögliche Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung aus. Praktisch bestehen eine Vielzahl individueller Vereinbarungen zum Arbeitsvolumen und zur Verteilung der Arbeitszeit, die sich an den Bedürfnissen der Beschäftigten ausrichten, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie optimal zu unterstützen.

Zusammenarbeit des ZEW mit China weiter vertieft

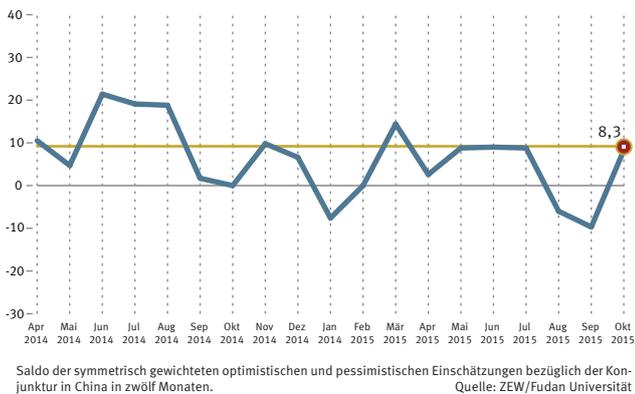
Auf Einladung des Landes Baden-Württemberg war ZEW-Direktor Thomas Kohl mit einer Delegation aus 120 Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft Mitte Oktober nach China ge-

reist. Er absolvierte dort ein dicht gedrängtes Programm an Gesprächs- und Besuchsterminen in Peking, Shenyang, Nanjing, Shanghai und der ostchinesischen Stadt Taicang, wo sich rund 230 Unternehmen aus Baden-Württemberg angesiedelt haben. Im Rahmen des Chinabesuchs wurde ein Kooperationsvertrag zwischen dem ZEW, Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, und der University of International Business and Economics (UIBE, Universität für Außenwirtschaft und Handel) in Peking unterzeichnet.

Die Vertragsunterzeichnung im Beisein des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann sowie von Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid und Wissenschaftsministerin Theresia Bauer ist der Startschuss für den Aufbau eines automobilwirtschaftlichen Studienprogramms, an dem als weiterer Partner auch die baden-württembergische Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen (HfWU) beteiligt ist. Mit der Unterzeichnung dieses Vertrags wird die Zusammenarbeit des ZEW mit China weiter intensiviert. Schon seit mehreren Jahren arbeitet das Forschungsinstitut auf wissenschaftlichem Gebiet mit namhaften chinesischen Universitäten zusammen.



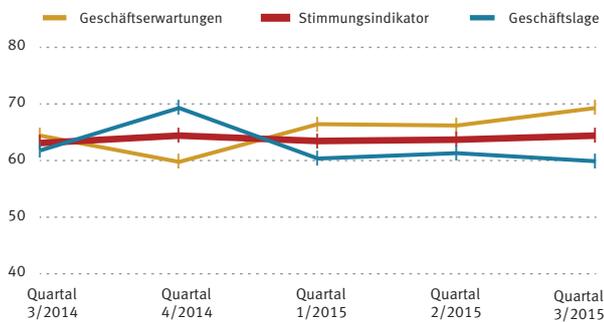
ZEW-Direktor Thomas Kohl mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Ministerin Theresia Bauer (v.l.n.r.) im ostchinesischen Taicang.



Konjunkturerwartungen für China ziehen wieder an

Die Sicht auf die weitere konjunkturelle Entwicklung in China ist im Oktober 2015 wieder optimistischer geworden. Der Indikator China Economic Panel (CEP) von ZEW und der Fudan Universität in Shanghai, der die Konjunkturerwartungen internationaler Finanzexperten für die Volksrepublik China in den nächsten zwölf Monaten wiedergibt, ist zuletzt nach einigen Monaten des Rückgangs erstmals wieder von minus 9,7 Punkten auf plus 8,3 Punkte gestiegen. Daran zeigt sich, dass die Finanzexperten von einem Erfolg der chinesischen Regierung bei der Konjunkturstabilisierung ausgehen. Dazu dürfte auch der erwartete weitere leichte Rückgang der Zinsen einen Teil beitragen.

Prof. Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de



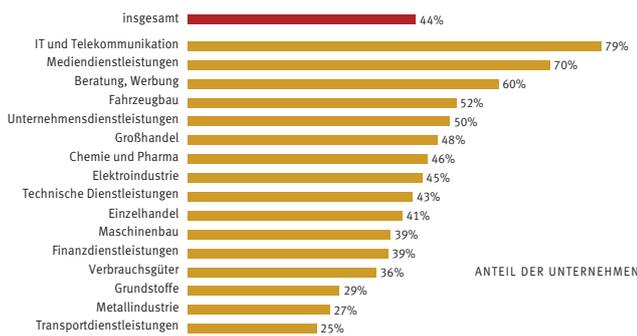
Der ZEW Stimmungskindikator Informationswirtschaft steigt im Vergleich zum Vorquartal um 0,7 Punkte und erreicht im dritten Quartal 2015 einen Wert von 64,4 Punkten. Der Teilindikator für die Geschäftserwartungen für das vierte Quartal 2015 steigt auf einen Wert von 69,3 Punkten und der Teilindikator für die aktuelle Geschäftslage sinkt auf 59,9 Punkte.
Quelle: ZEW

Deutsche Informationswirtschaft ist optimistisch

Bei den Unternehmen der Informationswirtschaft in Deutschland herrscht im dritten Quartal 2015 ein gutes konjunkturelles Klima. Sowohl die aktuelle Geschäftslage als auch die Erwartungen für die konjunkturelle Entwicklung im vierten Quartal werden von der Mehrzahl der Unternehmen positiv eingeschätzt. Darauf deutet der ZEW-Stimmungskindikator Informationswirtschaft hin, der verglichen zum Vorquartal um 0,7 Punkte zulegt und einen Wert von 64,4 Punkten erreicht. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle ZEW-Umfrage in der Informationswirtschaft. Der Anstieg des Stimmungskindicators ist auf die positive Entwicklung der Geschäftserwartungen für das vierte Quartal 2015 zurückzuführen.

Dr. Jörg Ohnemus, ohnemus@zew.de

Nutzung von Social Media-Anwendungen durch deutsche Unternehmen nimmt zu



Social Media-Anwendungen werden von 79 Prozent der IT- und Telekommunikationsunternehmen und von 70 Prozent der Mediendienstleister eingesetzt.

Gut 44 Prozent der Unternehmen in Deutschland nutzen inzwischen Social Media-Anwendungen wie Wikis, Blogs, soziale Online-Netzwerke oder Kollaborationsplattformen. Das geht aus der aktuellen Umfrage des ZEW zu Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) für 2015 hervor. Stark verbreitet ist die Nutzung bei IT-Dienstleistern, Telekommunikationsanbietern und Mediendienstleistern sowie in den Branchen Unternehmensberatung und Werbung. Über alle Branchen hinweg zeigt sich, dass die Verbreitung von Social Media-Anwendungen mit zunehmender Unternehmensgröße steigt.

Dr. Jörg Ohnemus, ohnemus@zew.de

ZEW NEWS
Das digitale und interaktive Magazin des ZEW für iPad, Tablet und Smartphone

KOSTEN LOS
im App Store und bei Google Play

JETZT SCHNELLER INFORMIERT

ZEW



Weltklimakonferenz in Paris – Die Kontrolle der Emissionen zählt

Anfang Dezember treffen sich die Staaten der Welt zur Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Paris. Das Gipfeltreffen soll zu einem globalen Abkommen über eine Eindämmung von CO₂-Emissionen führen. Das Ziel besteht darin, die Erwärmung der Erdatmosphäre auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Wenn die bisherige Expansion von CO₂-Emissionen ungehemmt fortgesetzt wird, könnte der Temperaturanstieg vier bis fünf Grad betragen. Hinzu kommen stärkere Temperaturschwankungen, ein Anstieg des Meeresspiegels und andere Veränderungen, die massive ökologische und ökonomische Risiken mit sich bringen.

Eigentlich haben alle Länder der Erde ein dringendes Interesse daran, dass CO₂-Emissionen reduziert werden. Das Problem besteht jedoch darin, dass jedes einzelne Land erhebliche ökonomische Anreize hat, den eigenen Beitrag zum weltweiten Klimaschutz gering zu halten. Während die Länder die Kosten eigener Anstrengungen zum Klimaschutz selbst tragen müssen, fallen die Erträge in Form einer geringeren Klimaerwärmung weltweit an. Rein nationale Klimapolitiken sind deshalb unzureichend, um die Klimaschutzziele zu erreichen.

Immer wieder wird gefordert, Deutschland oder die Europäische Union solle mit gutem Beispiel vorangehen und sich unabhängig vom Verhalten anderer Staaten auf ehrgeizige Klimaschutzziele festlegen. Für die Konferenz in Paris haben die Europäer schon umfangreiche Zusagen gemacht. Das ist gut gemeint, aber diese Strategie hat erhebliche Nachteile. Sie reduziert das Interesse anderer Staaten, eigene Anstrengungen zu unternehmen, denn der europäische Beitrag liegt ja bereits fest.

Signifikanter Fortschritt beim Klimaschutz kann letztlich nur durch Verhandlungen erreicht werden, in denen ein gewisser Druck auf alle Länder ausgeübt wird, einen angemessenen Beitrag zu leisten. Die wichtigsten Staaten, darunter die USA, China und Indien, müssen eingebunden sein. Auch in diesen Verhandlungen stellt sich allerdings das Trittbrettfahrerproblem, also der Anreiz für einzelne Länder, selbst möglichst wenig zum globalen Klimaschutz beizutragen. Hinzu kommen zwei Probleme:

Erstens ist es wichtig, weltweit dort Emissionen abzubauen, wo der Abbau die geringsten Kosten verursacht. Es gibt zwei Wege, das zu erreichen. Der eine Weg ist die Schaffung eines weltweiten Systems handelbarer Emissionszertifikate. Das angestrebte Klimaschutzziel würde die Menge der Zertifikate bestimmen, der Handel der Zertifikate würde dafür sorgen, dass dort Emissionen abgebaut werden, wo die Kosten am geringsten sind. Der andere Weg wäre die Einigung auf einen weltweiten Mindestpreis für CO₂-Emissionen. Diesen Preis könnte jedes Land mit den von ihm bevorzugten Instrumenten – beispielsweise Steuern oder Zertifikate – implementieren.

Das zweite Problem ist die Verteilung der Lasten, die mit dem Abbau der Emissionen verbunden sind. Hier sollten die Industriestaaten den Entwicklungs- und Schwellenländern entgegenkommen. Allerdings führt kein Weg daran vorbei, dass vor allem China künftig bereit ist, klimaschädliche Politiken wie den massiven Ausbau der Kohlekraftwerke zu überdenken und einen Teil der damit verbundenen Lasten zu tragen.

Was kann die Konferenz in Paris erreichen? Die bislang vorliegenden Zusagen sind zwar nicht ausreichend, aber es wird geschätzt, dass sie die Klimaerwärmung immerhin auf rund drei Grad begrenzen würden. Völlig unnütz sind sie also nicht. Daneben müssen die Zusagen einen Ausgangspunkt für Verhandlungen darstellen, die auch nach der Konferenz in Paris weitergehen werden. Ebenso wichtig wie Zusagen, Emissionen abzubauen, sind jetzt allerdings Vereinbarungen über die Messung und die verlässliche Kontrolle von Emissionen. In vielen Ländern wird die Bereitschaft, eigene Anstrengungen zum Klimaschutz in die Tat umzusetzen, davon abhängen, dass andere ebenfalls einen Beitrag leisten. Nur wenn die Emissionsentwicklung glaubwürdig erfasst und überwacht wird, kann globale Klimapolitik ihr Potenzial entfalten. Wenn die Konferenz in Paris auf diesem Gebiet Fortschritte bringen würde, wäre sie schon ein Erfolg.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim, L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Clemens Fuest · **Kaufmännischer Direktor:** Thomas Kohl

Redaktion: Julian Prinzler · Telefon 0621 / 12 35 - 133 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail prinzler@zew.de
Felix Kretz · Telefon 0621 / 12 35 - 103 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail kretz@zew.de
Gunter Grittmann · Telefon 0621 / 12 35 - 132 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail grittmann@zew.de

Fotos: Eric Berghen (Seite 13); iStockphoto (Seite 1, 2, 3, 4, 7); ZEW (Seite 8, 14, 16)

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2015 · Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft